

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den inkurierten Beilagen „Feierstunden“, „Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Haus, Garten und Landwirtschaft“

Bezugspreise: Monatlich einschließlich Trägerlohn M. 1.80; Einzelnummer 10 S. — Erscheint an jedem Werktage. — Verbreitetste Zeitung im O.-A. Bezirk Nagold. — Schriftleitung, Druck und Verlag v. G. W. Jaiser (Karl Jaiser) Nagold

Anzeigenpreise: Die 1-spaltige Borgiszelle oder deren Raum 20 S., Familien-Anzeigen 15 S., Reklamezeile 60 S., Sammelanzeigen 50% Zuschl. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Telegr.-Adresse: Gesellschafter Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postf.-Kto. Stuttgart 5113

Nr. 252 Gegründet 1827 Samstag, den 26. Oktober 1929 Fernsprecher Nr. 29 103 Jahrgang

Aufklärung erwünscht!

Saarbrücken, 25. Oktober. Der Saarbrücker Zeitung ist ein bemerkenswerter anonym Brief in französischer Sprache zugegangen, der sich mit dem französischen Grubenbeamten de Lanrezac beschäftigt. Dieser Mann, Sohn eines französischen Generals, galt bisher schon als einer der treibenden Kräfte in der französischen Saarwerbung, für die er in der Hauptsache tätig war. Lanrezac empfängt nach diesem Brief ständig alle möglichen Abordnungen, denen er folgendes erklärt: „Wir haben in Uebereinstimmung mit Herrn de Wendel und der Schwerindustrie beschlossen, mit allen Mitteln die Politik Briand's zu bekämpfen. Es ist notwendig, daß das Saargebiet bis 1935 unter dem gegenwärtigen Regime bleibt. Wir haben mächtige Männer auf unserer Seite, ebenso auch Zeitungen, und wir werden unsere Sache zu verteidigen wissen. de Laboulaye gehört zu meinen Freunden, und er wird sein möglichstes tun, um unsere Absichten bei den Verhandlungen zu unterstützen. Schließlich legt de Lanrezac

seinen Freunden nahe, im Lande die Idee der Volksabstimmung zu verbreiten, da er überzeugt sei, daß sie für Deutschland ungünstig ausfallen werde. Im Fall einer Abstimmung würden 40 v. H. der Stimmen für die Autonomie, 30 v. H. für Deutschland und ebensoviel für Frankreich abgegeben werden, und unter diesen Umständen sei es sicher, daß Deutschland 1935 vollkommen geschlagen sein werde. So unfinnig vor allem die Schlussfolgerungen in diesen Ausführungen sind, die wir mit allem Vorbehalt wiedergeben, dürfte es doch Aufgabe de Laboulayes sein, sich einmal zu diesen Vorgängen zu äußern, da dieser ja Vertreter des französischen Ministeriums des Aeußern bei den Saarverhandlungen ist. Es läßt sich kaum denken, daß nach den Erklärungen der französischen amtlichen Stellen sich ausgerechnet eine Amisperson zu derartigen Anträgen hergeben könnte. Immerhin: Aufklärung erwünscht!

Staatspräsident Dr. Volz über die Reichsreform

Im Rahmen der Kommunalen Woche 1929 der Württ. Verwaltungsakademie, die in dieser Woche im Großen Hörsaal der Technischen Hochschule in Stuttgart tagte, gab Staatspräsident Dr. Volz in einem Vortrag einen Ueberblick über den allgemeinen Stand der Reichsreform im gegenwärtigen Zeitpunkt.

Zu der Frage: Warum wird eine Reichsreform angestrebt? führte der Redner aus: Liegt für den Ruf nach Reichsreform ein sachliches dringendes Erfordernis vor oder ist dieser Ruf nur der Ausdruck des politischen Willens, zum Einheitsstaat zu gelangen. Tatsache ist, daß in der ganzen Zeit des Bestehens der neuen Reichsverfassung im mehr oder weniger Reibungen zwischen Reich und Ländern zu verzeichnen waren. Diese Reibungen sind im Lauf der Jahre immer stärker geworden. Worauf beruhen nun die Klagen der Länder? Die Frage wurde, als die Länderkonferenz zusammentrat, geprüft: Was soll unsere Aufgabe sein, was wollen wir erreichen? In der Folge wurden sodann im Länderauschuss die Beschwerden der Länder zusammengestellt, die in Form von mehr oder weniger umfangreichen Druckschriften niedergelegt wurden, worin die Uebergriffe des Reichs gegenüber den Ländern und alle die Dinge, die in der Verwaltungspraxis als störend empfunden worden sind, aufgezählt wurden.

Unter den grundsätzlichen Beschwerdepunkten, die hier in Frage kommen, ist hervorzuheben: Das Reich sei systematisch bestrebt, ohne dringenden Grund seine Gesetzgebungsbefugnis auszudehnen, den Ländern Stück um Stück ihrer Gesetzgebungsbefugnis wegzunehmen. Diese Ausdehnung betreibe das Reich teilweise unter Verletzung der Reichsverfassung. In der Frage, ob eine Bedarfs- oder eine Grundlagengesetzgebung vorliege, gibt es zunächst nur einen Mehrheitswillen des Parlaments. Was der Reichstag hier beschließt, ist einmal Gesetz. Immerhin könnte bei der Grundlagengesetzgebung auch die Anrufung des Staatsgerichtshofs in Betracht kommen. Als Beispiel führte der Staatspräsident hier das sog. Steuervereinfachungsgesetz an. Weiterhin erwähnte er das Bestreben des Reichs, die Kriminalpolizei in seine Hand zu bekommen, wodurch die Staatsanwaltschaft und andere Justizgebiete verreichlicht werden müßten; es wurde erwähnt die Frage der Reichsstraßenbauordnung, die Gewerbeaufsicht usw. Die Länder führen also Beschwerden in der Richtung, daß sie dem Reich den Vorwurf machen, es schaffe in voller Absicht Schwierigkeiten, durch die die Zuständigkeit der Länder ausgehöhlt werde, und suche so zum Einheitsstaat zu kommen.

Nun haben aber verschiedene Reichsregierungen erklärt, daß dies nicht ihre Absicht sei, sondern daß der Kampf um die Reichsreform offen und ehrlich ausgefochten werden müsse. Jede Absicht, auf dem von den Ländern behaupteten Weg zum Ziel zu kommen, liege dem Reich fern. Aber praktisch, so wurde weiterhin von Seiten des Reichs ausgeführt, hätten die Bedürfnisse sich so gestaltet, daß schon die wirtschaftlichen Interessen eine einheitliche Gesetzgebung und Verwaltung verlangen. Das Reich beschwere sich auch darüber, daß es bei der Durchführung seiner Gesetze zu wenig Macht habe, und es müsse deshalb auf gleichmäßigen Verwaltungsorganisationen bestehen.

Im Verhältnis von Reich und Ländern sind, so fuhr der Staatspräsident fort, Differenzen vorhanden, die beseitigt werden müssen. Die Schuldfrage wolle er bei Besprechung dieser Frage beiseite lassen. Das Nebeneinander in den Funktionen von Reich und Ländern führt zu einer Desorganisation, die auf die Dauer nicht bestehen bleibe. Alles durchschneidet sich, es fehlt die Einheit und die Uebersicht. Und es ist dies mehr als ein Schönheitsfehler. Reich und Länder sind darin einig, daß es so nicht weitergehen kann; einig auch darüber, daß die Verteilung der Aufgaben zwischen Reich und Ländern ein ungutes Nebeneinander fördert; einig auch in der Hin-

sicht, daß das Reich nicht fortfahren darf mit reichsunmittelbaren eigenen Behörden und einzig schließlich in der Frage, daß man versuchen muß, die Fehler des letzten Jahrzehnts wieder gutzumachen.

Was soll nun geschehen? Ueberblickt man die bisherige Arbeit der Länderkonferenz, so ergibt sich zunächst ein Bild der Tätigkeit ihrer Unterkommissionen, von denen zwei ihre Arbeit im wesentlichen beendet haben, nämlich diejenige über die Verteilung der Zuständigkeit in der Gesetzgebung, sowie die Kommission, die mit der Frage der Organisation des Reichs und der Länder sich zu befassen hat.

Das Organisationsreferat geht aus von der Kernfrage, die hier in Betracht kommt, nämlich des Verhältnisses von Reich und Preußen, der Hauptfrage dieses ganzen Komplexes von Problemen. Die Kommission ging von der praktischen Unmöglichkeit aus, im Weg der einfachen gesetzgeberischen Verabschiedung zu einem Einheitsstaat zu kommen. Zu einer Verbesserung der Organisation erschien es der Kommission als Notwendigkeit, daß das Reich und Preußen eine Einheit werde. Ein Reich, ein Parlament, eine Verwaltung — in diesen Forderungen gipfelt das, was der Ausschuss der Länderkonferenz als notwendig erkannt. Der Staatspräsident bezeichnete es als grundsätzliche Forderung, daß unsere Reichsministerien eigene Verwaltungen bekommen, durch deren leibhaftiges Fehlen die Gesetzgebung sehr gelitten habe. Es habe sich sehr nachteilig ausgewirkt, daß in den Reichsministerien ohne Verwaltungserfahrung und Verwaltungspraxis Gesetzentwürfe ausgearbeitet werden müßten. Uebereinstimmung bestand in der Länderkonferenz darüber, daß es einen großen Fortschritt bedeutet, wenn die Preußischen und die Reichsministerien zu einer Einheit werden, wozu auch das einseitige Parlament kommen müsse. Und ebenso die Einheitlichkeit im Reichsrat, in welchem Preußen alsdann bei Stimmenverteilung nach der Bevölkerungszahl an die Zweidrittelmehrheit herantomme.

In seinen weiteren Darlegungen berührte Staatspräsident Dr. Volz die Neueinteilung eines einheitlichen Reichsgebiets, er besprach das Wesen der Länder alter und neuer Art, ihre Gesetzgebungsbefugnis und Verwaltungsrechte, die Organisation der Länder, die insofern gleichartig sein solle, als sie einen Landtag erhalten, der die Regierung bestelle, die dann auf gewisse Zeit unabsehbar sei und erläuterte sodann den neuen Begriff der Auftragsverwaltung, der mit dieser Gestaltung von Reich und Ländern verbunden sein wird. In der Frage der Zuständigkeit seien die Ausschubarbeiten bereits beendet und Streitpunkte nur noch wenige vorhanden. Der Hauptstreitpunkt betreffe die Verreichlichtung der Justizverwaltung, wozu der Staatspräsident bemerkte: Was hat das Reich für ein Interesse daran, die Justizbeamten zu ernennen? Bedeute dies für das Reich irgend einen Machtzuwachs? Wozu soll die Ausübung des Gnadenrechts an das Reich übergehen? Ein großer Teil der Arbeit des Justizministers in Württemberg besteht darin, Gnaden Gesuche zu entscheiden. Was erwartet man von der Reichsreform? Vor allem eine Vereinfachung der Verwaltung. Es sei nicht zu bestreiten, daß viele unnütze Arbeit erspart werden könnte. Die Frage der finanziellen Wirkung sei jedoch auf der Länderkonferenz schon gar nicht mehr behandelt worden. Allen Zahlen, die hier schon genannt wurden, solle man mißtrauen. Ob man vorwärts komme in der Frage der Reichsreform, hänge ganz von Preußen ab. Will Preußen, so kommen wir zwar nicht zum Einheitsstaat, doch zu recht brauchbarer Umorganisation des Reiches. Will aber Preußen nicht, dann wird praktisch nicht viel herauskommen. Uebrigens gebe es Fragen, die viel dringender seien als die der Reichsreform.

Was wird kommen, wenn Preußen nicht will? Dann wird der Prozeß seinen Fortgang nehmen, daß in Nord-

Tagespiegel

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft 2 in Berlin ist die Druckschrift „Die geplante Ausflügung des deutschen Volks durch den Youngplan“, Verfasser Hermann Wieland, Verlag für Volkseinheit, vom Amtsgericht Berlin-Schöneberg beschlagnahmt worden, weil darin zu Gewalttätigkeiten gegen die jüdischen Volksgenossen aufgereizt werde.

Die französische Abordnung für die Verhandlungen über die Rückgabe des Saargebiets, die am 26. Oktober beginnen sollten, hat ihre Abreise von Paris verschoben.

Der englische Schatzkanzler Snowden erklärte in einer Versammlung in Sheffield, mit einer Steuererleichterung könne in nächster Zukunft nicht gerechnet werden. Von den Steuereinkünften des Reichs müßten ein Sechstel zur Abtragung der Schulden des letzten Krieges und fünf Sechstel für die Vorbereitung des nächsten Krieges verwendet werden.

Mac Donald hat sich am Freitag zur Heimreise nach London eingeschifft.

Politische Wochenchau siehe Seite 9.

deutschland ein Land um das andere verschwindet und sich Preußen anschließt. Es ist nichts dagegen zu sagen, wenn in Norddeutschland die Umwandlung auf diesem Wege freiwillig sich vollzieht. Die ganze Umorganisation würde dann reibungslos vor sich gehen, und man würde dadurch im Lauf der Jahre zu einer brauchbaren Organisation des Reichs kommen.

Der Kampf um das Volksbegehren

Regierungsflugblätter als Postwurfsendungen

Gegen die Absicht der preußischen und der Reichsregierung, Flugblätter gegen das Volksbegehren in Form von Postwurfsendungen zu verbreiten, wird erklärt, daß die Verbreitung von Postwurfsendungen politischen oder religiösen Inhalts verboten sei. Die Reichsregierung erklärt dagegen, es handle sich um eine amtliche Maßnahme, die an die Postordnung nicht gebunden sei.

Maßregelung des Regierungsrats Fabricius

Reichsfinanzminister Hilferding hat den nationalsozialistischen Regierungsrat Dr. Fabricius vom Landesfinanzamt seines Amtes entsetzt. Fabricius hatte den Aufruf für das Volksbegehren unterzeichnet.

Die Erklärung des preußischen Ministerpräsidenten Braun gegen die Beteiligung von Beamten am Volksbegehren ist in Frankfurt a. M. durch Verfügung des Oberbürgermeisters in Abschrift allen Amts- und Dienststellen einschließlich der Schulen, Kindergärten und Horte sowie dem Wahlamt zugestellt worden. Letzteres wird aufgefordert, zu berichten, welche Beamten usw. am Volksbegehren teilgenommen haben.

Das amtliche Ergebnis am 6. November zu erwarten

Die Wahlleiter der einzelnen Wahlkreise sind angewiesen worden, bis zum 6. November die Ergebnisse der Eintragungen zum Volksbegehren nach Berlin mitzuteilen. Die Nachprüfung der Einzeichnungslisten erfordert ein umständlicheres Verfahren, als es bei Wahlen mit Stimmzetteln erforderlich ist. Das vorläufige amtliche Ergebnis der Eintragungen wird daher erst am 6. November vorliegen.

Das Stahlhelmsverbot vom Auswärtigen Amt beantragt?

Berlin, 25. Oktober. Die „Ostpreussische Zeitung“ teilt einen vertraulichen Bericht mit, nach dem die Auflösung des Stahlhelms in Rheinland und Westfalen von dem vorläufigen Außenminister Dr. Curtius (Deutsche Volkspartei) veranlaßt worden sei. Der deutsche Botschafter in Paris, v. Hoersch, habe im Auswärtigen Amt berichtet, die Franzosen wöllen das „Geländespiel von Langenberg“ des Stahlhelms benutzen, um bei den Räumungsverhandlungen Schwierigkeiten zu machen und „Sicherheiten“ zu verlangen. Hösch habe auch angeregt, durch Auflösung des Stahlhelms in Rheinland und Westfalen den Franzosen diesen Vorwand zu nehmen. Die Behörden in den Provinzen und selbst Severing haben gegen die Maßnahmen Bedenken erhoben, der preußische Innenminister Grzeinski sei aber sofort dafür gewesen.

Von „zuständiger Reichsstelle“ wird der Vorgang weder bestätigt noch bestritten, sondern etwas dunkel erklärt: Die ganze Angelegenheit sei hinreichend geklärt durch das Schreiben des Reichskanzlers an den Reichsausschuss in Sachen des Stahlhelmsverbots. Darin sei zum Ausdruck gebracht worden, daß der Reichskanzler durch den Reichsinnenminister über das geplante Verbot orientiert, und daß auch das Auswärtige Amt zur Sache gehört worden sei.

... sind?
... Milliarden.
... Milliarden.
... ngt im ganzen
... en!
... et!
... 1267
... olksbegehren!
... itnehmer
... werden für
... rt gesucht:
... Männlich
... efnechte
... o. Dienstrecht
... Weiblich
... 1286
... s, ehrliches Ser-
... ulein, das auch
... arbeit mit über-
... t, nicht unter
... ahren
... en für Küche
... Haushalt auf
... Gutshof
... mädchen, die
... ndig kochen
... en für Haus-
... andwirtschaft
... old
... 209 und 214
... b. d. Mts. statt
... te
... Winter
... slage
... 1284
... ab Fabrik
... lung
... ger
... oderner
... n
... a. N.
... illiche Ka-
... Postkarte
... en
... dung
... le, Freunde
... am
... 1929
... das Gast-
... freundschaft
... 1247
... ohäcker
... er des
... Strohäcker
... ertingen.
... Nöhlingen
... deren Ein-
... wollen.
... gehen
... en, die sich
... beugen.
... indem Du
... en stimmst!

Neueste Nachrichten

Der Reichslandbund zur Abfahrtsreise auf dem Kartoffelmarkt

Berlin, 25. Oktober. Angesichts der aufs höchste gestiegenen Kartoffelabfahrtsreise hat laut „Deutsche Tageszeitung“, der Reichslandbund eine besondere Kommission zur Behebung der Kartoffelabfahrtsreise eingesetzt. Die vorgeschlagenen Maßnahmen betreffen im wesentlichen die jährliche Bereitstellung von 7 Millionen Mk. auf die Dauer von fünf Jahren.

Die Arbeitgeberverbände zur Saarfrage und Arbeitslosenversicherung

Saarbrücken, 25. Okt. Gestern wurde hier die Tagung des Vorstands der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und des Vorstands des Reichsverbandes der deutschen Industrie eröffnet. In einer Entschließung wurde die enge wirtschaftliche Verbundenheit des deutschen Saargebiets mit dem übrigen Reich betont. Es wurde ferner festgestellt, daß durch die Beschlüsse des Reichstags zur Arbeitslosenversicherung zwar die Möglichkeit der wirksamen Bekämpfung der bisherigen arbeitsmoralischen Mißbräuche gegeben sei, daß aber leider die Frage der finanziellen Befundung der Reichsanstalt völlig ungelöst geblieben sei. Die Befundung sei durch weitere Ersparnisse, feinespinn aber durch Erhöhung der Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer durchzuführen.

Kabinetts Daladier?

Paris, 25. Oktober. Präsident Doumergue hat den Vorsitzenden der Sozialistischen Partei, Daladier, vom Parteitag in Reims telegraphisch zu einer Besprechung über die Kabinettsbildung nach Paris berufen. Der Präsident hat Daladier mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. Daladier ist gegen die Rechte und für eine Koalition mit den Sozialisten, die aber dann die Führung im Kabinetts beanspruchen.

Der Anschlag auf den Kronprinzen Humbert

Brüssel, 25. Oktober. Wegen des Revolveranschlags auf den italienischen Kronprinzen ist außer de Rosa ein weiterer Italiener, Pasquati, von der Brüsseler Polizei verhaftet worden. Er soll dem de Rosa unmittelbar vor dem Schuß Zeichen gegeben haben.

Württemberg

Stuttgart, 25. Oktober.

Ernennung. Der Staatspräsident hat den Oberforsttrat Wezel bei der Forstdirektion zum ordentlichen Mitglied der Körperschaftsforstdirektion ernannt.

Der Staatspräsident hat die außerordentliche Professur für Vermessungswesen dem Professor Dr.-Ing. Fischer an der höheren Bauhochschule Stuttgart übertragen.

Von der Technischen Hochschule. An den ordentlichen Professor an der Technischen Hochschule Berlin, Professor Dr.-Ing. Madelung, Mitglied des Vorstands der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt, ist, wie schon früher gemeldet, der Ruf gerichtet worden, die Stelle als ordentlicher Professor für Flugwesen an der Technischen Hochschule in Stuttgart zu übernehmen. Professor Madelung hat sich jetzt entschlossen, diesem Ruf Folge zu leisten. Der dadurch freigewordene Platz im Vorstand des D.V.B. wird nicht wieder besetzt.

Neuer Chefarzt am Katharinenhospital. Als Nachfolger von Professor Frey, der an die Universität nach Bern geht, ist der ordentliche Professor für innere Medizin an der deutschen Universität in Prag, Professor Konnenbruch, als Chefarzt am Katharinenhospital berufen worden.

Einheitskurzschrift und Beamtenchaft. Der vor einigen Monaten im Reichsministerium des Innern gegründete Reichsverband der kurzschriftkundigen Beamten und Angestellten (Reituba) zählt heute bereits 6000 Mitglieder in allen Teilen des Reichs und in allen Schichten der Beamten und Angestelltenchaft.

Rückzahlung der Tribünenplätze. Die für den Zeppelin-Besuch am 20. Oktober ds. Js. von der Flughafenverwaltung Böblingen aufgeschlagene Tribüne muß aus Betriebsgründen wieder beseitigt werden. Da es nicht sicher ist, ob die Tribünenplätze an dem Tag, an dem der Besuch des Luftschiffes stattfindet, zur Verfügung gestellt werden können, bittet die Luwag, die Tribünenarten im Luftseebüro, Fürstenstraße 1, gegen Rückzahlung des bezahlten Preises zurückgeben zu wollen.

Oberlenningen M. Kirchheim, 25. Oktober. Flugzeugabsturz. Gestern nachmittag etwa um 15 Uhr stürzte das Klamm-Daimler-Leichtflugzeug D 1122, das sich unter Führung des Piloten Fritz Christoph aus Zwidau i. S. auf einem Flug von Böblingen nach Alm befand, etwa 500 Meter vom Ortseingang Oberlenningen, Gutenberg zu, aus 120 Meter Höhe beim Nehmen einer Kurve ab. Das Flugzeug wurde vollständig zertrümmert. Während der Fahrt, namens Müller mit dem Schreden davontam, erlitt der Führer einen schweren Unterarmbruch und sonstige Beinverletzungen.

Böblingen, 25. Okt. Anerkennung. Dem Wirt Ernst Kögel ist für das mutvolle und opferwillige Handeln bei der Errettung des Kraftwagenführers Wilhelm Maier in Böblingen vom Tod des Verbrennens der Dank und die Anerkennung des Innenministeriums ausgesprochen worden.

Waiblingen, 25. Okt. Die Waiblinger Stadtschultheißenwahl rechtsgültig. Bei der im Januar 1929 abgehaltenen Stadtschultheißenwahl wurde Rechnungsrat Wendel in Heilbronn zum Stadtschultheißen von Waiblingen gewählt. Die Wahl wurde von Anhängern der unterlegenen Kandidatur des Stadtschultheißen Hayer in Besigheim angefochten, und ist auch von der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung für ungültig erklärt worden. Das württembergische Innenministerium hat auf die Beschwerde des Gewählten die Wahl für gültig erklärt. Gegen diesen Beschluß des Innenministeriums hatte der unterlegene Bewerber die Rechtsbeschwerde an den württembergischen Verwaltungsgerichtshof eingereicht, der diese Rechtsbeschwerde für unbegründet erklärte. Die Wahl des Rechnungsrats Wendel ist somit endgültig rechtskräftig.

Masfeld M. Besigheim, 25. Okt. 2000 Liter Wein auf der Straße. Am Mittwoch nachmittag gelang es an der Kurve bei Jisfeld, Strecke Heilbronn, dem Führer eines mit Wein vollgeladenen Lastwagens anscheinend nicht mehr, um das scharfe Eck herumzukommen, so daß er auf die dort befindliche Telegraphenstange aufsprang. Durch den Anprall und Schwung riß die eine Seitenwand des Lastwagens, so daß die gefüllten Fässer herunterstürzten und der Wein, geschätzt auf 6-7 Eimer, auf der Straße und im Straßengraben davonlief.

Alm, 25. Oktober. Vom Münster. In der letzten Sitzung des Evang. Gesamtkirchengemeinderats erstattete der Münsterbaumeister Bericht über den Fortgang der Bauarbeiten. Darnach sind Bildhauer und Steinbauer in der Hauptsache für Strebebeiler 2 der Südseite (westl. Brauttorpfiler) beschäftigt. Pfeiler 11 der Nordseite ist samt dem anstehenden Turmstrebebogen vollständig fertiggestellt. Die Madonnenfigur vom südlichen Turmstrebebeiler konnte noch nicht fertiggestellt werden. Die Dampf- und Kondensleifungen in den Bodenkanälen des Münsters, besonders längs der Seitenschiffwände, sind nunmehr sorgfältig isoliert. Bei der großen Kälte des letzten Winters sind auch einige Dampfrohre in den Seitenschiffdächern beschädigt worden.

Eine Naturfelsenheit. Als eine Seltenheit ist ein 80 Jahre alter Birnbaum anzusprechen, der in Silmersdorf vor dem Haus des Schneidemeisters Wertens steht. Der Baum, der jetzt unter Naturschutz gestellt wurde, ist 12 Meter hoch und hat einen Kronenumfang von 80 Metern. Der Baum, dessen Zweige fast den Erdboden berühren, trägt Jahr für Jahr reichlich Früchte. 8-14 Zentner wurden schon geerntet.

Alm, 24. Okt. Das Urteil im Brudermordprozeß lautet: Der Angeklagte Schömig wird wegen eines Verbrechens des Totschlags zu der Zuchthausstrafe von 15 Jahren und zu 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Mildernde Umstände wurden wegen der bei der Tat an den Tag gelegten Rohheit verjagt.

Aus Stadt und Land

Nagold, den 26. Oktober 1929.

Es gibt einen straffreien Landesverrat. Wer eine G.m.b.H., ein Kaufhaus, eine Fabrik aus petuniären Erwägungen an das Ausland verschafft, der ist ein Landesverräter.

Zum Ernte- und Herbstbankfest

Laßt uns anbetend und dankend den Schöpfer erheben, Der uns ein Jahr voll des herrlichsten Segens gegeben! Dankend empor Steig es in höherem Chor: Lobe den Herrn, meine Seele! Segens die Fülle entsproßte des Ewigen Hände, Frucht gab der Ader u. Trauben des Weinbergs Gelände! Golden erglöh, Was einst verheißend geblüht: Lobe den Herrn, meine Seele! Menschliche Hände, sie konnten nur fleißig sich regen, Göttliche Almacht allein gab zum Werke den Segen, Stille den Sturm, Wehrte zerstörendem Wurm: Lobe den Herrn, meine Seele! Sollte nun heute kein seliges Danklied uns ziemen, Daß wir des Ewigen Erbarmen anbetend uns rühmen? Wolken durchbricht Siegend es, herrlich und licht: Lobe den Herrn, meine Seele! Ja, es ertöne in festlichen, vollen Akkorden; Weit mögen öffnen zum Haupte des Herrn sich die Pforten! Dankend empor Steig es in höherem Chor: Lobe den Herrn, meine Seele! P.M.-Haiterbach.

Bertrauen

„Trau, schau, wem!“ sagt das Sprichwort, und es hat leider recht. Wer jedem beliebigen Menschen blindlings vertraut, ist ein Narr und verführt die andern geradeswegs dazu, ihn zu mißtrauen. Wie viel muß man gerade heute von großen Unterhaltungen usw. lesen von Leuten, denen unbesonnen großes Vertrauen entgegengebracht worden war. Die christliche Lehre von der ererbten allgemeinen Sündhaftigkeit erprobt sich immer wieder recht schmerzlich in den Erfahrungen des Lebens. Und doch berechtigt uns das nicht, jedermann von vornherein mit dem Mißtrauen eines abgejagten Menschenverächters zu begegnen. Emil Frommel hat einmal an seine Tochter geschrieben: „Ach, wollten wir überhaupt mehr Gutes bei den Menschen voraussetzen, wir würden, wenn auch einmal enttäuscht, zehnmal belohnt werden.“ Dies tüchtige Wort eines überzeugten und bewährten Christen führt auf die Tatsache, daß unser Glaube an die Menschen sich gründen muß auf den Glauben an Gott. Er, dem ich nicht zu gering bin, liebt und sucht auch die Seelen der Menschen, die er mir in den Weg führt. Ihn ehre ich, wenn ich sie bei klarem Blick für die dunkeln Mächte im Menschenherzen dennoch mit meinem Vertrauen ehre. Beides, auf Menschenkenntnis beruhende Mäßigkeit und auf Gottesglauben gegründetes Vertrauen ist unentbehrlich, wenn unser Umgang miteinander fruchtbar sein soll. H. Pf.

Vom Rathaus

In der letzten Sitzung des Gemeinderats ist der bisherige stellvertretende Stadtbaumeister Benz als Stadtbaumeister ab 1. Okt. 1929 definitiv angestellt worden. Vom 1. November 1929 ab übernimmt er auch die bisher von Oberamtsbaumeister Schleicher wahrgenommenen Geschäfte des Ortsbautechnikers (Behandlung der Baugesuche.) Von dringenden Abhaltungen abgesehen, wird Stadtbaumeister Benz in der Regel werktags von 11-12 Uhr auf dem Stadtbauamt zu sprechen sein. Oberamtsbaumeister Schleicher gebührt für die bisherige Besorgung der Geschäfte des Ortsbautechnikers in der Oberamtsstadt wärmster Dank. Er soll gebeten werden, in Krankheits- und Urlaubsfällen die Stellvertretung auf diesem Gebiete auch fernherhin zu übernehmen.

Zum Volksbegehren haben sich in Nagold bis gestern abend 220 Personen eingezeichnet.

Evangelischer Gemeindeabend

Am morgigen Sonntag veranstaltet die Ev. Kirchengemeinde den 1. Gemeindeabend dieses Winters im Saal des Gasthofs zur „Traube“. Zum Gedächtnis des 400jährigen Kathismusjubiläums wird Dekan Otto einen Vortrag über Luthers Kathismus halten. Stadtpfarrer Brecht wird „Reiseerinnerungen aus dem Lande Gustav Adolfs“ darbieten. Das Schlusswort wird Inspektor Bauer sprechen und der Kirchenchor mit verschiedenen Gesängen erfreuen. Zu diesem Abend, der der Verbindung der Gemeindeglieder untereinander dienen will, ist jedermann herzlich eingeladen.

Unsere „Feierstunden“

Ein alter Hauschmuck ist es, der uns auf der ersten Seite unserer Bilderbeilage gezeigt wird und der unseren Vätern und Großvätern sehr wohl gefiel. Heute sind wir zwar etwas anderer Ansicht, doch wir stellen uns dazu und freuen uns darüber. Die übrigen Seiten lassen uns sehen: Ehrenmal in Schneidemühl, Eine Betonbrücke von 180 Meter Länge über die Ammer, Staatsminister a. D. Dominikus, Zwei Welten, Reihe des neuen Grassi-Museums in Leipzig und schließlich außer dem textlichen Teil eine illustrierte Ausführung „Drei wertvolle gartensinnliche Neuheiten“.

Zur Aufklärung!

Es wird, um falschen Vorstellungen vorzubeugen, die Öffentlichkeit darauf hingewiesen, daß die Eintragungslisten zum Volksbegehren

geheim

gehalten werden. Jeglicher Mißbrauch verfällt dem Strafgesetze. 1307

Calw, 24. Okt. Brand in Weilderstadt. Gestern nacht wurde von Weilderstadt aus die Calwer Weilderlinie alarmiert. Es war dort die Scheuer des Hotels zur Post in Brand geraten und man befürchtete ein Uebergreifen des Feuers auf einen größeren, zusammengebauten Scheunenkomplex. Die Calwer und Sindelfinger Motorspritze (der Bezirk Leonberg besitzt keinen Motorschwagen) bekämpften im Verein mit der Weilderstadter Wehr das Feuer mit Erfolg. Nachdem zwei Scheunen bis auf die Grundmauern abgebrannt waren, wurde die Scheuer des Hotels zur Post in Brand völlig niedergeknipst und die Löschtätigkeit eingestellt werden. Die Ursache des Brandausbruches ist nicht bekannt; der Schaden dürfte durch Versicherung annähernd gedeckt sein.

Aus aller Welt

Ein Prozeß gegen das frühere sächsische Königshaus

Vor der 4. Zivilkammer des Landgerichts Dresden ist ein Prozeß gegen den früheren König von Sachsen, Friedrich August II. und dessen Geschwister Prinz Johann Georg und Prinz Max, Prinzessin Mathilde und Erzherzogin Maria Josepha anhängig. Kläger ist der augenblicklich arbeitslosen-Unterstützung beziehende Viktor von Horvath in Berlin, und Gegenstand der Klage ist der Antrag: Das Gericht möge feststellen, ob der im Jahr 1921 durch Selbstmord aus dem Leben geschiedene Vater des Klägers, Geza von Horvath, im August oder September 1854 von der damaligen Kronprinzessin Carola von Sachsen als ehelicher Sohn geboren wurde. Es wird also in der Klage behauptet, daß aus der Ehe des verstorbenen Königs Albert und seiner Gattin, der Königin Carola, einer Prinzessin von Schweden aus dem Hause Wafa, einer Ehe, die immer als kinderlos galt, tatsächlich ein Sohn hervorgegangen ist. Damit wird auch behauptet, daß nach der gesetzlichen Erbfolge im königlichen Haus Wettin nach dem Tod König Alberts dessen Krone und Vermögen auf Geza von Horvath hätte übergehen müssen und daß, wenn nicht durch den Umsturz von 1918 Friedrich August II. des Throns verlustig geworden wäre, Viktor von Horvath, wohnhaft zu Berlin, auf die sächsische Königswürde Anspruch hätte machen können. Jetzt begnügt er sich damit, durch die Klage gegen seine angeblichen Vettern und Basen aus dem königlichen Haus von Sachsen den Namen eines Prinzen von Sachsen-Wettin und damit die Grundlage für die Erkrämpfung der Erbschaft nach Königin Carola, in der er seine Großmutter sieht, zu erstreben. In dem Prozeß werden der Kläger durch den Rechtsanwalt und Notar Müller-Röhr in Dresden und König Friedrich August und dessen Geschwister durch den Justizrat Dr. Meding (Dresden) vertreten. Der Verhandlungstermin steht noch nicht fest, da Horvath den Kostenvorstoß noch nicht eingezahlt hat.

Die Ursache des Nürnberger Eisenbahnunglücks

Wie nunmehr festgestellt ist, ist die unmittelbare Ursache des Unglücks von Reichelsdorf das Ueberfahren des Halteignals durch den München-Berliner D-Zug D 39. Ueber das Ausmaß der Schuld einzelner Beamten wird erst die gerichtliche Untersuchung, die von den örtlichen Gerichts- und Polizeibehörden eingeleitet ist, Genaueres ergeben können. Anscheinend hat der Fahrdienstleiter vorschriftswidrige Fahrpläne befohlen, so daß der Führer des D-Zugs 39 sich zum Ueberfahren des Halteignals für berechtigt halten konnte. Von den Verletzten befindet sich keiner in Lebensgefahr. Ihr Zustand ist verhältnismäßig gut. Der zuerst als schwerverletzt gemeldete Mario Serra aus Rom ist nur leicht verletzt. Der Fahrdienstleiter von Reichelsdorf wurde verhaftet.

Strefemann- und Eckenerstraße. Der Gemeinderat in Ludwigsburg beschloß in seiner gestrigen Sitzung, zwei neue Straßen A und B Strefemannstraße und Eckenerstraße zu nennen.

Falschmünzer. In Fürth i. B. wurde eine Werkstätte zur Herstellung falscher 2 und 3 Markstücke entdeckt und Falschstücke für 1000 Mark beschlagnahmt. Der Falscher, der 53jährige Graveur Georg Studruker, hat sich verhaftet.

Seite 3
Die Mü...
Münd...
begehren...
aus, die...
stischen...
rung die...
land sch...
mühte e...
plan zu...
ren aus...
weiter...
In...
Volksbe...
dent des...
ein Ver...
katastr...
das Bol...
von seie...
zeugt...
Agitatio...
auf, kei...
dem m...
renhaus...
Rom...
unberän...
sein, da...
son nach...
redet. J...
Arzten...
merdien...
Minister...
Berlin...
Minister...
Gebiete...
laubs, d...
Stargard...
der zum...
niferun...
ter der...
dem St...
Gebiete...
nifers...
hes Be...
Morg...
gend b...
hiesige...
die Bun...
Am 2...
Man n...
werden...
sen, um...
zu sein...
Vor...
vereins...
hat näm...
lenführ...
Ausficht...
ung seit...
die sich...
sere Sti...
schaft ge...
Läufer...
ung feit...
wenigste...
hoffen i...
find und...
Auf...
zum Ver...
golber 2...
Infolg...
lag vore...
Gesuch...
tini ein...
Wi...
von 16...
Müßige...
und Sta...
Wibe...
Gen...
Statio...
Mit der...
werden...
Str...
billigst...
neu- un...
und er...
Berla S...
Ein no...
Dwa...
Faf...
ca. 32...
hat bi...
Wih. G...
Schuhge...

Letzte Nachrichten

Die Münchener Kundgebungen für und gegen das Volksbegehren — Neben Adolf Hitlers und Kuers.

München, 26. Okt. In der Kundgebung für das Volksbegehren im Circus Krone führte Adolf Hitler u. a. aus, die gegenwärtige Regierung sei der Ausdruck des politischen Zerfalls. Wenn die Gegenzüge der jetzigen Regierung diejenigen des Volkes wären, dann bestände Deutschland schon längst nicht mehr. Ein gemeinsamer Wille müßte es der Regierung unmöglich machen, den Youngplan zu unterzeichnen. Gleichgültig, wie das Volksbegehren ausfalle, der Kampf um die deutsche Freiheit gehe weiter.

In den sozialdemokratischen Versammlungen gegen das Volksbegehren erklärte der sozialdemokratische Vizepräsident des Landtages, Abg. Kuers, das Volksbegehren sei ein Verbrechen am deutschen Volke und eine fürchterliche Katastrophe. Hugenberg wolle den Staat beherrschen. Daß das Volksbegehren außerpolitisch bedeutungslos sei, davon seien auch die Anhänger des Volksbegehrens überzeugt. Der Redner wandte sich aufs schärfste gegen die Agitation der Anhänger des Volksbegehrens und forderte auf, keine Unterschrift für das Begehren herzugeben, denn man lasse aus Bayern nicht noch einmal ein Narrenhaus machen.

Fürst Bülow's Befinden.

Rom, 26. Okt. Das Befinden des Fürsten Bülow ist unbeeinträchtigt. Fürst Bülow ist wieder soweit beim Bewußtsein, daß er seine Umgebung klar erkannt und jede Person nach ihrer Nationalität, deutsch oder italienisch, anredet. Zum Krankenbett des Fürsten werden außer den Ärzten und dem Pflegepersonal, sowie dem alten Kammerdiener nur die nächsten Verwandten zugelassen.

Ministerialdirektor Dr. Dillhey auf der Jagd verunglückt

Berlin, 26. Okt. Wie Berliner Blätter melden, hat der Ministerialdirektor im Reichsministerium für die besetzten Gebiete, Dr. Dillhey, am Freitag früh während eines Urlaubs, den er bei seinen Verwandten in Suemlin bei Stargard verbrachte, einen schweren Jagdunfall erlitten, der zum baldigen Tode führte. Er gehörte dem Reichsministerium seit dessen Errichtung im Sommer 1923 als Leiter der ersten (politischen) Abteilung an, und war vor dem Stellvertreter des Reichskommissars für die besetzten Gebiete in Koblenz. Namens des abwesenden Reichsministers Dr. Wirth hat Staatssekretär Schmid ein herzliches Beileidstelegramm an die Hinterbliebenen gerichtet.

Spiel und Sport

Sportvorschau

Handball.

Morgen nachm. 1 Uhr stellt sich die Ebhauer Jugend der hiesigen A-Jugend zum Pflicht-Rückspiel. Die hiesige Elf, die mit Erfolg antritt, wird alles daran setzen, die Punkte für sich zu behalten.

Am 2 Uhr steht die Wildberger Mannschaft der 2. Mannschaften des Nagolder T. V. gegenüber. Auch hier werden die Einheimischen ihre volle Kraft aufbieten müssen, um den spielerischen Gästen ein würdiger Gegner zu sein.

Fußball.

Vor einer schweren Aufgabe steht die 1. Elf des Sportvereins Nagold am morgigen Sonntag; die Mannschaft hat nämlich auf dem Plage des dieswöchentlichen Tabellenführers, Sport-Verein Dornstetten, anzutreten. Die Ausfahrten auf einen Sieg sind bei beiden Mannschaften, die sich darin unterscheiden, daß die Nagolder technisch bessere Stürmerreihe einer stärkeren Dornstetter Hintermannschaft gegenübersteht. Wenn es der hiesigen etwas besseren Läuferreihe gelingt, den Vorteil der eigenen Platzbenützung seitens der Dornstetter mehr als auszugleichen, sollte wenigstens ein knapper Sieg für Nagold resultieren. Zu hoffen ist noch, daß die 11 S. V. Mier morgen in „Form“ sind und etwas Glück haben.

Auf hiesigem Plage treten Altensteig 2 und SWN. 3 zum Verbandsspiel an und in Hatterbach kämpft die Nagolder 2. Elf um die Punkte.

Wetter für Sonntag und Montag:

Infolge der nördlichen Depression ist für Sonntag und Montag vorerst noch unbefriedigendes Wetter zu erwarten.

Der „Schwarze Donnerstag“ der New Yorker Börse

Am Donnerstag, den 24. Oktober veranfaßte die Spekulation an der New Yorker Wertpapierbörse einen Kurseinbruch, wie ihn New York seit Jahren nicht mehr erlebt hat. Der lange Zeit andauernden Preistreibeerei folgte der Krach. Schon in den letzten Tagen war die Börse „flau“, die Kurse wichen stetig, aber immerhin noch mächtig. Am Donnerstag setzte nun der Sturm ein. Die Erregung im Börsensaal war auf dem Höhepunkt. Erstwertige Papiere wurden bis zu 50 Dollar heruntergehandelt. Schätzungsweise wurden 14 Millionen Stück Aktien verkauft und gekauft. An den schlimmsten Tagen der New Yorker Börse waren noch nie mehr als 6 Millionen Stück umgesetzt worden. Die Umsätze überstürzten sich derart, daß das Büro, das die Kurse amtlich einzutragen und zu veröffentlichen hat, bald um zwei Stunden zurückblieb.

In aller Eile wurden nun die bedeutendsten Bankiers zusammengerufen, um über Gegenmaßnahmen zu beraten. Der Mitinhaber der Morgan-Bank, Lamont, meinte, die tatsächliche wirtschaftliche Konjunktur bilde nicht den Grund des Krachs, dieselbe sei vielmehr lediglich ein Ergebnis der „Börseotechnik“ (zu deutsch: ein Raubzug der Spekulanten). Der Vorsitzende der New Yorker Stadtbank, Mitchell, sah in den Ereignissen „nichts Bedeutsames“. Die Großbanken griffen schließlich durch Stillhaltungskaufe ein, worauf sich die Kurse wieder etwas erholen konnten.

Die Vorgänge an der Wertpapierbörse übten auch eine Rückwirkung auf die Getreidemärkte aus. An den Getreidemarkten in Chicago und Winnipeg (Kanada) mußten die Getreidespekulanten Entlastungsverkäufe vornehmen, um ihre Wertpapierverkäufe abzumildern zu können. Die Getreidepreise sanken bis zu 50 % für ein Bushel Weizen (etwa 27 Kg.).

An dem einen Tag sind durch das Börsenspiel wieder Milliarden Dollar verloren und gewonnen worden. Man hofft, daß sich nunmehr die von den amerikanischen Behörden und der Federal Reserve-Bank „seit Jahr und Tag“ angeforderte Börsenreinigung durchführen lasse.

Ein Stimmungsbild von der Börse

An der Börse herrschte, wie WB. meldet, eine beispiellose Lebhaftigkeit. Das Geseire und der Lärm im Börsensaal war so stark, daß zeitweilig das Glockenspiel der nahen Trinity-Kirche überdönt wurde. Jeder Börsenposten im Saal war der Mittelpunkt einer sich wild bewegenden, schreienden Masse von Spekulanten. Wenn sie sich müde geschrieben hatten, wurde es etwas ruhiger, aber sobald sich Gerüchte über Kursstürze bei diesem oder jenem Papier herumtrugen, ging der Lärm der Laufende von neuem verflärkt los. Sechs Börsenmattler brachten zusammen und mußten ins Krankenhaus geschafft werden.

Das New Yorker Publikum schien seine Freude an dem Schauspiel zu haben. Die Zuschauergalerien der Börse waren gedrängt voll. Um möglichst vielen den Genuß zu verschaffen, durften die Besucher nur 10 Minuten auf den Galerien verweilen. Die Umgebung der Börse war von Menschenmassen besetzt und ein großes Polizeiaufgebot war nötig, um den Straßenverkehr einigermaßen zu sichern.

Ausweis der Reichsbank

Weitere Entlastung der Bank

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 23. Oktober hat sich in der dritten Oktoberwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 197,6 auf 2.121,6 Millionen Reichsmark verringert. Der Umlauf an Reichsbanknoten hat sich um 239,1 auf 4.110,5 Millionen RM. und der Umlauf an Rentenscheinen um 17,7 auf 367,1 Millionen RM. vermindert. Unter Berücksichtigung, daß in der Berichtswoche Rentenscheine in Höhe von 2,5 Millionen RM. getilgt sind, haben sich die Bestände der Reichsbank an Rentenscheinen auf 54,2 Millionen RM. erhöht. Die fremden Gelder zeigen mit 554,5 Millionen eine Zunahme um 101,9 Millionen RM. Die Goldbestände sind um 7,1 auf 2.219,0 Millionen und die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 1,6 auf 353,9 Millionen RM. angewachsen. Die Deckung der Noten durch Gold allein besserte sich von 50,9 v. H. in der Vormoche auf 54,0 v. H., diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 59,0 auf 62,6 v. H.

Berliner Dollarkurs, 25. Okt. 4,1765 G., 4,1845 B.
Dt. Abl.-Anl. 49,50.
Dt. Abl.-Anl. ohne Ausl. 8,50.

Berliner Geldmarkt, 25. Okt. Tagesgeld 5,75—8 v. H., Monatsgeld 9—10,5 v. H.

Privatdiskont: 7,25 v. H. kurz und lang.

Diskontermäßigung in New York? An der New Yorker Börse wird davon gesprochen, daß die Federal Reserve Bank in New York eine Diskontermäßigung erwäge, nachdem sie am 8. August die Rediskontrate vor 5 auf 6 v. H. erhöht, nun aber in den letzten Tagen eine fühlbare Entspannung am New Yorker Geldmarkt eingetreten sei, weshalb auch wieder Anleihen nach Deutschland (Stadt Hannover und Hanfa-Dampfschiffahrtsgesellschaft) gegeben worden seien. Die Diskontermäßigung soll jedenfalls nicht ohne Einvernehmen mit der Bank von England vorzunehmen werden, die

ihren Goldbestand noch keineswegs genügend ergänzt hat. Bedenken erregt auch der hohe Kurs der französischen Devisen, der zur Goldausfuhr nach Frankreich anreizt. Diese Goldausfuhr hat bereits einen Umfang angenommen, daß eine Schwächung der Dollardevisen eintrat.

Die österreichische Baluta. Gegenüber den parteipolitischen und Börsenumtrieben, den Kurs des Schillings herabzubrüden, erklärte der österreichische Finanzminister, diese Maßnahmen seien durchaus unbedeutend. Die österreichischen Noten haben eine Gold- und Devisenbedeckung von 65 v. H. und gehören daher zu den bestgedeckten Banknoten Europas. Die Regierung werde unbedingt auf Einhaltung des Gleichgewichts im Staatshaushalt bestehen.

Arbeiterentlassungen bei der Fried. Krupp AG. Wie die Gesellschaft Fried. Krupp mitteilt, müssen wegen mangelnder Beschäftigung in mehreren Betrieben Einschränkungen vorgenommen werden, wodurch die Entlassung von etwa 900 Mann erforderlich wird.

Böblingen O. Heilbronn, 25. Okt. Betriebseinstellung und Arbeiterentlassung. Die seit etwa 55 Jahren hier bestehende Zigarrenfabrik der Gebrüder Sorg, die sich aus kleinen Anfängen heraus zu einem stattlichen Unternehmen entwickelt hatte und eine größere Anzahl meist verheiratete Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigte, will ihren Betrieb stilllegen. Dem gesamten Geschäftspersonal wurde die Kündigung überreicht. Zwischen den Betriebsinhabern und der Stadtverwaltung schweben Unterhandlungen über den Verkauf oder die Verpachtung des Fabrikangebäudes an auswärtige Interessenten.

Zahlungseinstellung. Die seit 1792 bestehende Kurz-, Woll- und Garnhandelsfirma C. A. Schubert in Berlin hat die Zahlungen eingestellt.

Märkte

Viehpreise. Böblingen: Rüh 340—653, Jungvieh und Rinder 190—465, Ochsen 505. — Kempten a. F.: Rüh 170—520, Kalben und Rinder 240—520, Käber 100—105. — Sulz a. N.: ½jährige Rinder 200—280, einjährige 290—350, Kalbinnen 400—650, Rüh 300—550, Stiere 900—1200 M.

Schweinepreise. Winnenden: Milchschweine 35—40 M. d. St. — Böblingen: Milchschweine 50—62, Läufer 99—108. — Gaildorf: Milchschweine 42—54. — Schömburg: Milchschweine 35—52. — Sulz a. N.: Milchschweine 37—61 M.

Fruchtpreise. Winnenden: Weizen 12—12,80, Roggen 11 bis 12,50, Haber 7,70—8,30, Dinkel 10,20—11, Saadinkel 12 bis 12,50, Gerste 10,50—11 M. d. Ztr.

Stuttgarter Baum- und Pflanzenmarkt, 25. Okt. Der Baum- und Pflanzenmarkt in Stuttgart auf dem Garnisonkirchplatz (Zugang Lindenstraße) findet am Dienstag, den 5. November statt. Neben sind vom Marktverkehr ausgeschlossen.

Stuttgarter Mostobstmarkt auf dem Nordbahnhof, 25. Okt. Seit 23. Oktober sind 25 Wagen neu zugeführt, und zwar aus Württemberg 22, Preußen 2, Baden 1, nach auswärts sind 5 Wagen abgegangen. Preis wagenweise für 10.000 Kg. 720—800 M., im Kleinvertauf 3,90—4,20 M. für 50 Kg.

Obstmarkt Winnenden, 24. Oktober. Zugeführt 1470 Säcke Mostobst, 250 Körbe Tafelobst, und 40 Körbe Quitten. Preis für Mostobst 3—3,50, Tafelobst 6—12, Quitten 6—8 M. d. Ztr. Verkauf langsam. Nächster Obstmarkt: Montag, 28. Oktober.

Familien-Nachrichten

Verlobte: Dora Schmid — Oskar Klaiber, Hauptlehrer, Stuttgart-Gärtringen.
Vermählte: Frida Zoller — Wilh. Hermann, Altensteig.
Gestorbene: Johannes Rohrer, 72 Jahre alt, Kälberbrunn.

Von einer Kraftnahrung

muß man vor allem verlangen, daß sie auch vom schwächsten Magen vertragen wird und schnell wirkt. Das Ideal ist das Ovomaltine, hergestellt aus Malzextrakt, Milch und Eiern. Auch der schwächste Magen verträgt sie gut. Die gute Wirkung zeigt sich schon nach wenigen Minuten. Ovomaltine ist in Apotheken u. Drogerien vorräthig 250 gr. Büchse 2,70 RM., 500 gr. 5.— RM. Gratisprobe und Druckfaden durch: 977 Dr. A. Wander & Co. D. Hofen-Aheimessen

Komb. Herd 3 Gaskochst., Gas-äußerst preisbackofen, Kohlenabt. wert RM. 130.— August Steinbach, Stuttgart, Paulinenstr. 45 / Tel. 629 10.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten hiezu die illustrierte Beilage „Feierstunden“

Gesucht wird auf Mar- tini ein fängerer
Buesche
von 16—18 Jahren zur
Mithilfe in Landwirtschaft
und Stall (1068)
Wilhelm Hertkorn
Gemeindepfleger
Etenweiler
Station Ergenzingen

Mit der Strickmaschine werden

Strümpfe
billigt 1818
neu- und angefrickt
und empfiehlt sich
Berla Schmid, Erzingen.

Nagold.
Ein noch gut erhaltenes

**Oval-
Faß**
ca. 320 Liter haltend,
hat billig abzugeben
Wilh. Grüninger
Schuhgeschäft, Bahnhofstr. 1309

Bauer!

Im Schweige deines Angesichts sollst du dir dein Brot verdienen!

Als der liebe Gott diesen Grundsatz aufstellte, hat es noch keine deutsche Republik gegeben. Wäre das schon damals bekannt gewesen, dann hätte es wahrscheinlich geheißt:

Bauer, im Schweige deines Angesichts sollst du deine Steuern zahlen!
Jahraus, jahrein bearbeitet ihr eure Felder.
Jahraus, jahrein plagt ihr euch und müht ihr euch ab, um zur Saat zu kommen.

Jahraus, jahrein, Woche für Woche und Tag für Tag pflegt ihr die reifende Frucht, und jedes Jahr müht ihr euch mit der Ernte, und jedes Jahr sind es andere, die den Nutzen haben!

Was ist euch von der sechzigjährigen Arbeit eurer Großväter, eurer Väter und eurer selbst heute geblieben?

Ihr habt gespart, jeden Pfennig fein säuberlich beiseitegelegt, habt nicht die Genüsse der Großstadt mitgemacht, ihr kanntet kein Leben in Freiheit, Schönheit und Würde, sondern nur ein solches des Fleißes, des Schweiges, der harten Arbeit und der Sparsamkeit!

Und wo ist das Ergebnis eurer Arbeit?
Es ist weg.

Weg durch eine unfähige und korrupte Art der Leitung unseres Staatswesens. Was die Inflation euch nicht stahl, nimmt der Steuerbote weg, und was der Steuerbote übrig läßt, werden die Hypothekenzinsen verschlingen usw.

Ein Menschenalter lang habt ihr fleißig geschuftet, und alles war umsonst, weil ihr politisch verärrt habt, euer Eigentum zu schützen.

Zehn Jahre lang ist das jetzt so gegangen, und nun will man den Teufel mit Belzebub austreiben. Statt des Dawes-Dittats soll nun ein Young-Plan kommen, den die Pariser Bankiers ausgearbeitet haben und von dem sie sich noch mehr versprechen als vom Dawes-Plan.

Fünf Jahre, Bauer, bist du durch den Dawes-Plan nun geplündert worden. Du weißt genau, Bauer, was du heute noch übrig hast.

Durch die Dawes-Methode bringen sie nun nichts mehr herein, nun sollst du nach einem neuen Plan, der Young-Methode, 60 Jahre lang ausgepreßt werden, und nun rechne dir selbst vor, was du nach 60 Jahren noch übrig haben wirst!

Bauer, wenn dir dein Kind und dein Hof lieb sind, wenn du an deinem Acker und deinem Vieh hängst, dann scheue jetzt nicht die kleine Arbeit, deine Existenz auch politisch zu sichern!

Hilf mit, den Menschen endlich das Handwerk zu legen, die schuld an unserem grauenhaften Unglück sind.

Hilf mit, das System zu rächen, das auch deinen eigenen Untergang auf dem Gewissen hat!

Wenn du jetzt die kleine Arbeit scheust, deinen Namen in die Liste des Volksbegehrens für unsere endliche Freiheit einzusetzen, dann wird die ganze große Arbeit, die du von früh bis spät verrichtest, auch in der Zukunft genau so wertlos sein, wie sie es für die Vergangenheit schon heute ist!

Die Scheu vor der Schreibarbeit, heute deinen Namen für das Volksbegehren hinzusetzen, wird dich um die Frucht der Bauernarbeit vor Jahrzehnten hinzusetzen, wird dich um die Frucht der Bauernarbeit von Jahr-

Drum laß einen Tag nur, für eine einzige Stunde die Hand vom Pflug und nimm statt dessen die Feder! Schreibe deinen Namen zu den Millionen anderen, die das gleiche wollen wie du, und dann kannst du wieder zum Pflug zurückkehren wenigstens in der Ueberzeugung, nunmehr nicht ewig nur für andere allein arbeiten zu müssen!

Militär- und Veteranen-Verein Nagold.

Unser Kamerad Friedrich Krauß ist gestorben. Der Verein beteiligt sich geschlossen an der Beerdigung Sonntag mittags 2 Uhr. Samstags 1/2 Uhr in der „Traube“.

Sonntag 1 1/2 Uhr. Traube Beerdigung Metzgermeister Krauß

Turn-Verein Nagold e.V. Handball. Morgen nachm. 1 Uhr T.V. Nagold A-Jugend gegen T.V. Ebhausen A-Jugb.

2 Uhr T.V. Nagold II gegen T.V. Wildberg I.

S.V.N. Sportplatz Sonntag 1/2 3 Uhr Altensteig II.

I in Dornstetten. Heute 8 Uhr „Gold. Adler“ Monats-u. Spieler-Versammlung.

Radf.-Verein „Beloclub“ Nagold. Heute abend 1/9 Uhr Monats-Versammlung im „Gold. Adler“, 1919

Deutscher Schäferbund (Hilde) Verläufe garantiert scharfen Haus- und Kettenhund 1 1/2 jährig auch geeignet als Fabrikhund...

Schutz Kaiser's Brust-Caramellen mit den 3 Tannen. Vor plötzlichem Temperaturwechsel bieten Ihnen die wärme- und kräftebildende Kaiser's Brust-Caramellen...

Todes-Anzeige. Nagold, den 25. Oktober 1929. Mein lieber Mann, unser guter Vater, Groß- und Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel Friedrich Krauß sen. Metzgermeister ist heute früh 3 Uhr nach kurzer, schwerer Krankheit unerwartet rasch im Alter von 61 Jahren verschieden.

Den Demokraten zur Antwort!

Ein unpolitischer Sachverständigen-Ausschuß soll sein? Dieser war in Paris! Dr. Bögler konnte das wahrscheinliche Ergebnis der Verhandlung nicht mit seinem Gewissen vereinbaren.

also muß das Volk entscheiden! Hugenberg-Hitler wollen nicht die politische Macht an sich reißen, sie wollen als ehrliche Männer verhandeln, sie wollen dafür eintreten, was Dr. Stresemann auf Fichte berufend gesagt hat:

Wir wollen die Dawes-Krise? Wir wollen den Youngplan verhindern, der keine Revision der untragbaren Lasten ermöglicht, wogegen der Dawesplan die Möglichkeit zu bessernden Verhandlungen offen läßt.

Hugenberg soll Führer von 95 Zeitungen sein? Glücklicherweise gibt es noch deutsche Männer, die sich für das Bestehen nationaler Zeitungen einsetzen, denn warum soll nur die jüdisch-internationale Presse regieren, die kein Verständnis für deutsches Wesen, deutsche Art und Ehre hat!

Ber hat die Aufrufe gegen das Volksbegehren im besonderen unterschrieben? Alle derzeitigen Minister, soweit sie der Sozialdemokratie angehören oder mit dieser verschwägert sind, sämtliche Oberpräsidenten Preußens, weil sie alle um ihre Pöstchen bangen, Vertreter der Wirtschaft und Finanzen, u. a. Herr Schacht, denn warum soll ihm ein Volksbegehren nicht gleichgültig sein, wenn er 340 000 M. Jahreseinkommen hat.

Ber hat den Aufruf gegen das Volksbegehren nicht unterzeichnet? Das Volk! Die Namen des deutschen Volkes stehen unter keinem Aufruf! Das deutsche Volk setzt seinen Namen unter das deutsche Freiheitsgesetz. Die Toten mahnen: Wir fielen für Ehre, Wahrheit u. Recht. Die Lebenden geloben: So wollen wir die Gefallenen ehren...

fürs deutsche Volksbegehren Deutsche Frauen und Männer!

Samstag und Sonntag Megelsuppe mit neuem Wein bei Fr. Griechhaber z. Linde. Der Tor meint, es sei doch ganz einerlei ob diese, ob jene Marke es sei, Die Hauptfrage bleibe, daß billig sie wäre, Im Keller liege und ihm gehöre.

Schluss des Preiskegels findet Samstag und Sonntag statt, wozu höflichst einladet Karl Walz zum „Adler“ - Waldorf. Wenn Sie Drucksachen benötigen holen Sie bitte bei uns unverbindlich Offerte ein; wir versichern Sie bester und raschster Bedienung.

Zu Allerheiligen und Allerseelen empf. schöne Auswahl lebender u. präparierter Kränze blüh Winteraster sehr schöne Stiefmütterchen. Fr. Schuster, Nagold.

Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die auf der Markung Mindersbach, Ebhausen, Pfondorf und Rotfelden belegenen, im Grundbuch zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Gottlob Fagnacht, Bauers und seiner Ehefrau Friederike, geb. Großhans in Mindersbach als Gesamtgut ihrer (neurechtlichen) allgemeinen Gütergemeinschaft eingetragenen Grundstücke

Table with columns: Markung, G.B.N., Abt. Nr., Anschlag. Lists properties for auction including Mindersbach, Ebhausen, Pfondorf, and Rotfelden.

am Mittwoch, den 11. Dezember 1929. vormittags 8 Uhr auf dem Rathaus in Mindersbach versteigert werden. Die Zwangsversteigerungsvermerke sind im Grundbuch von Mindersbach Heft 145 am 13. Juni, Heft 227 und 267 am 1. Mai, von Ebhausen am 31. Mai, Pfondorf am 13. Juni und Rotfelden am 11. Juni 1929 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgegeben werden.

Nagold, den 21. Oktober 1929. Kommissär: Bez.-Notar: Horlich.